Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland (IJAB) e.V. (Hrsg.): Forum Jugendarbeit International 2002 (Qualitätsentwicklung in der internationalen Jugendarbeit), Münster 2001, S. 304 - 315

Jugendarbeit in der britischen Zone Deutschlands, 1945–1949

Politik, Probleme und Partnerschaften

Gwendolen M. Booth

Die Bildungs- und Erziehungspolitik und damit auch die Jugendpolitik in der britischen Besatzungszone Deutschlands war dadurch geprägt, dass die entsprechende Abteilung (einschließlich der Jugendabteilung) der Kontrollkommission das deutsche Bildungs- und Erziehungswesen nur ungefähr 18 Monate – vom Juli 1945 bis Dezember 1946 – kontrollierte. Von Januar 1947 bis September 1949, als das Besatzungsstatut in Kraft trat und die Militärregierung (allerdings nicht die Besatzung) endete, besaß die Bildungsabteilung nur noch beratende Funktion[1].

Deshalb war es von höchster Bedeutung, dass Feldmarschall Montgomery, Oberbefehlshaber und Militärgouverneur, schon Anordnungen erlassen hatte, die zur Einsetzung von Kreisjugendpflegern führten. Der Feldmarschall sagte in einer Botschaft an das deutsche Volk am 6. August 1945: «Gegenwärtig fehlt es an Jugendorganisationen für ihre Kinder. Ich beabsichtige, die Bildung solcher Organisationen auf freiwilliger Grundlage zum Zwecke der Ausübung religiöser, kultureller, gesundheitsfördernder und Erholungstätigkeiten zu fördern.«[2]

Eine wesentliche Rolle in der britischen Jugendpolitik spielten die Kontakte und die

1 Die Autorin diente in der Kontrollkommission als Area Youth Officer, stationiert in Lübeck. Sie war zuständig für etwa die Hälfte der früheren Provinz und des späteren Landes Schleswig-Holstein.

2 Montgomery, Viscount, of Alamein, Memoirs (Collins,1958), S. 396 [»Your children are at present lacking juvenile organisations. I intend to encourage the formation of such organisations, on a voluntary basis, for the purpose of religious, cultural, health or recreational activities.«].

Foto: G.M.Booth

Gwendolin Booth 1948, stationiert in Lübeck als Area Youth Officer, Education Branch, CCG

Zusammenarbeit zwischen den britischen Youth Officers und den deutschen Kreis- und Bezirksjugendpflegern auf der unteren und mittleren Ebene der örtlichen Verwaltungen.

Mr. (später Sir) Robert Birley, der im April 1947 zum Berater des Militärgouverneurs und Oberbefehlshabers für Bildung und Erziehung ernannt wurde, hob hervor, dass der Jugendbereich, obwohl er »notwendigerweise ein wenig vom Rest der Abteilung getrennt« war, »besonders wertvoll« wäre[3]. Welche Bedeutung der Arbeit der Jugendpfleger in der britischen Besatzungszone beigemessen wurde, wurde durch den Beschluss von 1947 über die Erhöhung der Anzahl der britischen Youth Officers auf 200 deutlich, obwohl letztlich diese Zahl nie wirklich erreicht wurde.

Schon sehr zeitig galt die Herstellung internationaler Beziehungen, insbesondere zu Großbritannien, als ein unverzichtbarer Bestandteil der Jugendpolitik, vor allem im Bereich der Fortbildung. Dies betraf einerseits den Stellenwert der Bildung selbst. Andererseits war man der Ansicht, dass Kontakte zu anderen Führungskräften der Jugend dazu beitragen würden, die Isolation der deutschen Jugendbewegungen zu beenden und die moralische Autorität sowie das Selbstvertrauen ihrer Leiter zu stärken. Die anderen Hauptziele der britischen Jugendpolitik bestanden darin, so viele Deutsche wie möglich dazu zu ermutigen, Verantwortung innerhalb der Gemeinschaft zu übernehmen sowie jene

3 Hearnden, A. (Hrg.), The British in Germany (H. Hamilton, 1978), S. 46.

Antinazis zu unterstützen, die in das politische Leben zurückkehrten. Das Ziel war nicht nur das Vakuum, das durch das Verschwinden der Hitlerjugend entstanden war, wieder auszufüllen, sondern auch die Förderung der Herausbildung von demokratisch geleiteten Jugendorganisationen auf freiwilliger Grundlage, die in freien Zusammenschlüssen zusammenarbeiten und für das übrige Europa und die Welt aufgeschlossen waren.

Im Juli 1945 schrieb Donald Riddy, damaliger Leiter der Bildungsabteilung der Kontrollkommission für Deutschland (Britischer Teil), bei Übernahme seiner Position: »Können Sie sich vorstellen, was es bedeuten würde, Großbritannien zu verwalten ohne Eisenbahnen, mit nur wenigen Telefonen, fast alle Brücken zerstört, und zusätzlich dazu noch mit drei anderen nationalen Verwaltungen in Kontakt bleiben zu müssen?«[4]

Als im Dezember 1946 mit der Verordnung Nr. 57 die Kontrolle über die Bildung und Erziehung an die Landesregierungen übertragen wurde, leisteten die Briten bereits Unterstützung und Beratung. Das Vertrauen der Deutschen war schon soweit gewachsen, dass Anfragen nach Beratung erfolgten. Die Youth Section (Jugendabteilung) war sehr gut darauf vorbereitet, diese neue Rolle auszuüben. Ihre Arbeit mit den Deutschen während der anhaltenden Verwüstung und der Knappheit an Lebensmitteln, Wohnungen, Kleidung, Brennstoff, Transportmitteln und Ausstattungen war schon zu einer Partnerschaft gediehen, wobei die britischen Beamten persönlich stark einbezogen waren. Aber die Aufgaben, denen sich sowohl die britischen als auch die deutschen Beamten gegenübersahen, waren wirklich wenig ermutigend. Zum Beispiel betrug die Bevölkerung von Schleswig-Holstein normalerweise 1,5 Millionen, war aber durch eine Massenflut von 1,2 Millionen Flüchtlingen, die in Zelten, Kasernen und überall dort wohnten, wo sich ein paar Quadratmeter Unterkunft fanden, stark angewachsen. 75% der Wohnungen in Kiel waren zerstört. Die Nahrungsmittelknappheit stellte fast alles andere in den Schatten. Viele der Kinder waren Waisen, und einige waren in Schwarzmarktgeschäfte und Prostitution verwickelt.

Rat und Hilfe suchte man bei anderen europäischen Ländern. Besucher wurden in die Britische Zone eingeladen. Die Ständige Konferenz der Nationalen Freiwilligen Jugendorganisationen, die im Oktober 1946 kam, lobte die »beeindruckende Arbeit, die unter der Schirmherrschaft des Jugendbereiches der Bildungsabteilung der Kontrollkommission in Angriff genommen wurde.«[5] Auch das Danish Committe of Assistance

4 Jürgensen, K., »British Occupation Policy after 1945 & the Problem of ›Re-educating‹ Germany«, in: History, Band. 68, Nr. 223, Juni 1983, S. 235 [»Can you picture what it would be like administering England with no railways, hardly any telephones, almost every bridge down, and in addition keeping in contact with three other national administrations?«].

Foto: G.M.Booth

Eine Kindergartengruppe in einem Flüchtlingslager in Schleswig-Holstein

for German Youth (Dänisches Hilfskomitee für die Deutsche Jugend, Anm. d. Redaktion) kam im Juni 1947 für zwei Wochen in die Zone. Solche internationalen Kontakte erleichterten Besuche und Ferienaufenthalte von Gruppen deutscher Kinder aus der britischen Zone in skandinavischen Ländern, der Schweiz sowie Großbritannien. Jugendpfleger leisteten Unterstützung bei der Begleitung der Kinder.

Die britische Seite behielt sich die Auswahlkriterien dafür vor, wollten aber auch keine Rückkehr zur Vergangenheit – auf gar keinen Fall eine Nachahmung der Hitlerjugend und auch nicht eine Wiederbelebung der freiwilligen aber paternalistischen Jugendorganisationen, wie es sie in der Weimarer Republik gab. Auch eine Wiederauflage der romantischen und gescheiterten Organisation Wandervogel war unerwünscht.

Im Januar 1946 bestand die britische Politik darin, »... sich auf Jugendgruppen und Vereine (außer auf die Pfadfinder) zu konzentrieren und jeden Versuch, diese für politische Zwecke einzusetzen, sorgfältig zu beobachten. Die Kirchen sind unser wichtigster Partner, aber wir möchten ihre Tätigkeiten ausweiten.«[6] Es war von höchster Bedeutung, mit dem Aufbau konfessionsloser Vereine zu beginnen. Die britische

5 Public Record Office, FO 1049–779 Youth Organisations. [... impressive amount of work so well begun under the auspices of Youth Section of Education Branch of the Control Commission].

6 Ibid, FO 1050–12, German Youth Activities. [»... to go flat out an Youth Groups and Clubs other than Boy Scouts, keeping a close watch on any attempt to use them for political ends. The Churches are our main standby, but we want to broaden their activities.«].

überzeugte die deutsche Seite, das Verbot der Pfadfinderinnen und Pfadfinder so lange aufrechtzuerhalten, bis die Probleme im Zusammenhang mit früheren Kontakten zu den Nazis und mit der Anerkennung durch die Weltverbände gelöst wären.

Mitte 1946 wurde beschlossen, die Gründung einer politischen Jugendorganisation zuzulassen, da – so argumentierte die britische Seite – die KPD eindeutig die Freie Deutsche Jugend unterstützte und die CDU schon über inoffizielle Beziehungen zu kirchlichen Jugendgruppen verfügte. Demzufolge bestand die Gefahr, dass sich eine politische Jugendarbeit im Untergrund entwickelte. Man war der Meinung, dass man der SPD keine faire Chance gab. Dies schien einer Einmischung in Parteipolitik durch die britische Seite gefährlich nahe zu kommen, besonders weil einige deutsche Eltern (darunter viele Eltern von früheren Mitgliedern der Hitlerjugend) dagegen waren, dass Kinder in parteipolitische Tätigkeiten einbezogen würden. Trotzdem ist es interessant zu wissen, dass die meisten der 23 Bundestagsabgeordneten, die jünger als 36 Jahre alt waren und 1957 gewählt wurden, Mitglieder der Jungsozialisten (SPD), der Jungen Union (CDU/CSU) und der Jungdemokraten (FDP) waren. Allerdings lehnte es die Mehrheit der jungen Westdeutschen ab, ein Parteienetikett angeheftet zu bekommen. Trotzdem nahmen viele von ihnen an den Bundestagswahlen von 1953 und 1957 teil.[7]

Die Antwort auf die Frage, wie und wo man Leitungskräfte für die Jugendorganisationen finden sollte, war mit großen Problemen verbunden. Für die Führer der Hitlerjugend, die lediglich nominell Mitglieder der Nazipartei gewesen waren, kam eventuell eine Umschulung in Betracht. Die Kirchen könnten Leiter zur Verfügung stellen, besonders die Katholiken, die es mit viel Mut geschafft hatten, während der nationalsozialistischen Herrschaft so etwas ähnliches wie geheime Jugendgruppen in loser Organisation zusammenzuhalten, selbst dann, als das Konkordat faktisch nicht mehr Gültigkeit besaß. Die protestantische Kirche hatte es mit wenigen mutigen Ausnahmen nicht geschafft, dasselbe zu tun und hat sich der Nazidoktrin untergeordnet und in einigen Fällen sogar unterstützt.

Die Katholiken (von denen in Schleswig-Holstein die meisten Flüchtlinge waren), verfügten bald über eine der größten und stärksten Jugendorganisationen in der britischen Zone, während die Protestanten zur selben Zeit damit begannen, ihre stärker zerstörte Jugendorganisation wieder aufzubauen. Von Anfang bis Ende der Herrschaft der britischen Militärregierung hatten kirchliche und Sportgruppen die höchsten Mitgliederzahlen.

7 Germany Reports (German Federal Government) 1961, p. 694.

Die Hitlerjugend unter Baldur von Schirach hatte die Turn- und Sportvereine für ihre nationalistischen Ziele benutzt. Trotzdem war die Youth Section der Meinung, dass hervorragende Leistungen im Sport bei internationalen Kontakten von Nutzen und auch eine Quelle berechtigten Nationalstolzes sein könnten. Die britische Seite übergab den Deutschen Sportausrüstungen – zwar in geringem Umfang, aber mit großer moralischer Wirkung –, und in einigen Fällen wurden diese Ausstattungen von britischen Organisationen und Personen zur Verfügung gestellt. Allerdings kam es zu potentiellen Problemen bezüglich der künftigen Entwicklung, als nach dem Ende der Militärregierung ein Machtkampf um die Kontrolle über den Sport zwischen dem öffentlichen Dienst, der Unternehmerschaft und sogar den Kirchen begann. Die Situation wurde dadurch noch komplizierter, dass kein Verzeichnis sämtlicher Sportvereine wegen des anfänglichen Durcheinanders in der Verwaltung vorhanden war.

Ein großes Problem bestand darin, dass es keine Frauen gab, die für die Übernahme verantwortlicher Positionen zur Verfügung standen. Dies war vor allem auf die negative Einstellung der Nazis zu Frauen in Leitungspositionen zurückzuführen. Die britische Seite vertrat die Meinung, dass eine Wiederzulassung des Pfadfindertums die latenten Führungsqualitäten von Frauen wegen der damit erforderlichen organisatorischen Selbstverwaltungsaufgaben zum Ausdruck bringen könnten.

Hilfe und Unterstützung für die Pfadfinderinnen und auch für die Pfadfinder kam aus dem Ausland. Im November 1947 fand in Großbritannien ein einmonatiger Kurs für Leiterinnen der Pfadfinderinnen statt. Ihm folgte ein weiterer Kurs im Februar 1948. Künftige Leiter der Pfadfinder nahmen im November 1947 an Kursen in Großbritannien, Schweden und Dänemark teil. Nach weiterer intensiver Fortbildung wurde 1948 das Verbot der Pfadfinderinnen und Pfadfinder aufgehoben. Obwohl dies in vieler Hinsicht ein positives Ergebnis war, war es zahlenmäßig doch weniger erfolgreich als erwartet, und das Problem, wie man am besten Frauen findet, die bereit sind, Führungsverantwortung zu übernehmen, war weiterhin nur teilweise gelöst.

Im Falle des Deutschen Jugendherbergsverbandes war wegen früherer Bindungen an die Nazis Vorsicht geboten. Die willkommene Hilfe des Internationalen Jugendherbergsverbandes (YHA) schloss auch einen Besuch einer Gruppe von Vertretern des YHA in Hamburg ein. Allerdings wurde der Fortschritt noch jahrelang aufgehalten, weil es wegen der Wohnungsknappheit fast keine Herbergen gab.

Zusätzlich zur Weiterbildung von Leitungskräften der Jugendarbeit in Großbritannien und anderen europäischen Ländern erhielten viele Jugendpfleger und ehrenamtliche Führungskräfte eine Fortbildung in

der Zone selbst. Die Briten waren die Sponsoren eines Zonenausbildungszentrums in Vlotho/Nordrhein-Westfalen, und im Mai 1947 wurde in Barsbüttel/Schleswig-Holstein ein Weiterbildungszentrum für den nördlichen Bereich der Zone eröffnet.

Ebenfalls im Mai 1947 sandte der stellvertretende Militärgouverneur an alle Chefs der regionalen Militärveraltungen eine Botschaft, in der er erklärte, dass es für die Youth Officers von größter Bedeutung wäre, stärker von der Militärregierung unterstützt zu werden, um die Probleme in Verbindung mit der anhaltenden Knappheit von Einrichtungen und Ausrüstungen, aber auch hinsichtlich des Vakuums im Führungsbereich der deutschen Jugend, lösen zu können. Dies war ein weiterer Hinweis darauf, welche große Bedeutung der Jugendarbeit in der Zone beigemessen wurde.

Der Area Youth Officer erhielt überschüssige Zelte der britischen Armee für Jugendlager an der Ostseeküste. Manchmal konnten für die Lager und für Kindererholungsheime an der Küste auch zusätzliche Nahrungsmittel von internationalen Hilfsorganisationen in dem Gebiet zur Verfügung gestellt werden. In den Lagern und Heimen herrschte eine Ferienatmosphäre, in welcher sich die Kinder und Jugendlichen von den oft sehr schlechten Bedingungen zu Hause erholen konnten. Es gab frische Luft und gesunde Erholung. Der Dank des Landesjugendamtes für solche Hilfe wurde im Bericht der Kreisgruppe Kiel für August 1947 ausgedrückt.

Ein unerwarteter Vorteil für Berliner Kinder während der Luftbrücke 1948 bestand darin, dass die Flugzeuge der Royal Air Force, die von Berlin zum RAF-Standort Lübeck-Blankensee zurückkehrten, manchmal in der Lage waren, auf dem Rückflug eine Gruppe von Kindern mitzunehmen, so dass sie an der See Ferien machen konnten, um sich von der schwierigen Situation in der eingeschlossenen Stadt zu erholen. Es war für den Area Youth Officer eine angenehme Pflicht, ein Flugzeug zu empfangen, das Kinder mitbrachte.

Während man zwar der Herausforderung durch den Kommunismus widerstand, war der am wenigsten erfolgreiche Aspekt der britischen Politik die Entnazifizierung. Die Briten übergaben diese 1947 weitgehend den Länderregierungen, teilweise aufgrund fehlender Ressourcen und weil zu wenige Mitarbeiter Deutsch sprachen. Zum Teil fehlte es zugegebenermaßen auch am politischen Willen. 1947 wurde für alle Nazis, die jünger als 21 Jahre waren, eine Jugendamnestie erlassen. Die Youth Section war natürlich sehr daran interessiert, dass die Jugendpfleger nicht durch Verbindungen zu den Nazis belastet waren. Gleichzeitig führten die Fortschritte der Russen mit der Jugendarbeit in ihrer Zone dazu, dass in der britischen Zone die Sorgen wegen eventueller kommunistischer Verbindungen der Jugendpfleger zunahmen.

Als der Direktor der Bildungsabteilung erwähnte, dass man mit drei anderen nationalen Verwaltungen in Kontakt bleiben müsse, meinte er natürlich die russische, die amerikanische und die französische. In jeder dieser Zonen unterschied sich die Jugendarbeit von der in der britischen. Die Russen ließen in ihrer Zone nur eine Jugendorganisation zu, die FDJ. Dies war eine Politik, die Ähnlichkeit mit der Politik der Nazis hinsichtlich der HJ hatte.

Allerdings berichtete der britische Geheimdienst mit einiger Sorge im Frühling 1946: »Es scheint die Gefahr des Eindrucks zu bestehen, dass Russland bei der Gewinnung der Unterstützung seitens der Jugend in ganz Deutschland die Initiative ergreift.«[8]

Die Jugendpolitik der Russen zielte darauf ab, die Freie Deutsche Jugend als einzige Jugendorganisation in ihrer Zone zu etablieren, und diese wurde von der sowjetischen Militärregierung, der deutschen Verwaltung, der KPD und der SED (die beide die FDJ finanziell unterstützten), unterstützt. Die FDJ war in den örtlichen Regierungen vertreten und erhielt Sendezeit bei den örtlichen Rundfunksendern sowie Platz in der Presse. Sport- und Freizeiteinrichtungen standen in großem Umfang zur Verfügung. Eine nominelle Mitgliedschaft in der Nazipartei und unbezahlte Ämter in Naziorganisationen blieben oft unberücksichtigt. Dies war allerdings auch in der französischen Zone und in gewissem Maße auch in der britischen der Fall.

Die Franzosen legten in ihrer kleinen Zone in der Jugendarbeit großen Wert auf internationale Kontakte, was einen ziemlich überraschenden Gegensatz darstellte zur üblichen Tendenz, sich in ihrer Zone von der restlichen Welt abzukapseln. Sie waren außerdem der Meinung, dass die französische Kultur langfristig einen günstigen Einfluss auf die deutschen Jugendlichen in ihrer Zone ausüben könnte. Allerdings stellte sich heraus, dass die Zeit nicht ausreichte, um diese Theorie zu beweisen.

Die Amerikaner setzten ihr ganzes Vertrauen in die Entnazifizierung. Allerdings erwies sich ihre Jugendarbeit trotz hohen finanziellen Aufwandes als Enttäuschung. Es gab praktisch keine spezialisierten Jugendarbeiter. Die Ziele des German Youth Activities Program (GYA) waren nicht klar, und die Tätigkeiten bestanden im Wesentlichen aus Sport- und Baseballveranstaltungen, die in den Städten von einigen jungen Militärangehörigen durchgeführt wurden.

Der britische Generalkonsul in Frankfurt berichtete im Juni 1947, dass das GYA kaum Erfolge zu verzeichnen hätte. Diejenigen, die sich

8 Public Record Office, F01014-157/5A, Political Re-education, 1946. [»There seems to be a danger that a conviction will arise that Russia is taking the initiative in winning the support of youth throughout Germany«].

ihm anschlossen, taten dies, weil es etwas zu Essen gab, weil sie Sport treiben konnten oder »um unseren früheren Feinden zu zeigen, wie die Deutschen wirklich sind«.[9] Die Katholiken und die Sozialisten in der amerikanischen Zone begannen, ihre Jugendgruppen ziemlich unabhängig von den amerikanischen Behörden zu führen.

In einigen Büchern und Publikationen, die von Amerikanern verfasst wurden, wird mit erfrischender Offenheit von Fehlern berichtet, die man dann auch zu korrigieren versuchte. Dies geschah aber erst, als die Zeit schon zu fortgeschritten war, um noch wesentliche Änderungen erzielen zu können. Allerdings wurden Aufenthalte in den USA, die für junge Deutsche organisiert wurden, als erfolgreich angesehen.

Die Ausbildungsprogramme für Führungskräfte in Großbritannien und der Jugendaustausch wurden nach 1949 fortgesetzt. 1960 hatten 66 britische örtliche Behörden »offizielle« Beziehungen zu Deutschland. Die Städte Bristol und Hannover gehörten zu den ersten, die eine Städtepartnerschaft gründeten, und diese Partnerschaft gehört zu den erfolgreichsten, wie Mr. Neville Osborne in seiner Monographie zu dem Thema »A Celebration of Twinning« erläutert. Die traditionellen Beziehungen zwischen Bristol und Hannover begannen 1947 und werden bis heute fortgesetzt.

Der Jugendaustausch begann schon sehr früh. Junge Deutsche kamen nach Bristol, um zu singen und Musik zu machen. Sport- und Hockeymannschaften gingen nach Hannover. Kirchengruppen begannen, sich gegenseitig zu besuchen. 1956 war der Chor von Bristol in Hannover zu Gast.

Während dieser frühen Jahre wuchs das Vertrauen in die Lösung von Problemen, die von frühen Vorurteilen gegenüber einer Partnerschaft zwischen den beiden Städten bis zur Beschaffung der nötigen finanziellen Mittel reichten. 1997 fanden anlässlich des 50. Jahrestages Bürgeraustausche statt. Die Jugendämter von Hannover und Bristol führen ihre Förderung von Freundschaft und Verständigung zwischen den Jugendlichen der beiden Städte fort. Dies ist ein sehr gutes Beispiel, und es gibt zweifellos noch viel mehr davon.

Die Unterzeichnung des Besatzungsstatuts im September 1949, die Wahl von Konrad Adenauer zum Kanzler und die Gründung der Bundesrepublik bedeuteten das Ende der separaten westlichen Zonen Deutschlands. Dr. Adenauer hatte 1945 gesagt: »Zuallererst müssen wir Deutsche und Europäer uns auf die *Jugendlichen* konzentrieren – darauf, ihnen gesunde Lebensbedingungen, eine gesunde Bildung und

9 Public Record Office, FO 1049-779, Youth Organisations [»... to show our former enemies what the Germans are really like«].

gesunde Ideale zu geben. Nur so können wir die Zukunft unserer Länder und der Welt schützen«.[10]

Demzufolge schien es so, als ob die Jugendpolitik der neuen Bundesregierung weitgehend mit der der Militärregierung übereinstimmen würde, und die Briten fühlten sich durch Dr. Adenauers Vision von einer deutschen Jugend in einem europäischen und sogar weltweiten Kontext ermutigt. 1949 wurde der Deutsche Bundesjugendring gegründet, der sämtliche Länder der Bundesrepublik einbeziehen sollte, mit dem Ziel, »... den jungen Menschen eine gesunde Lebensweise zu vermitteln, die demokratischen Ideen in der Bundesrepublik zu stärken und die internationale Verständigung zu fördern.[11] Hinsichtlich der Fürsorge- und Sozialarbeit hatten die Briten Unterstützung geleistet zur Lösung der Problemfelder Jugendkriminalität und Erziehungsberatung. Experten waren eingeladen worden, um deutsche Jugendgefängnisse, anerkannte Schulen und Kliniken zu besuchen. Die Bewährungshilfe und einige Erziehungsberatungsstellen sind mit britischer Unterstützung eingerichtet worden.

Die Einrichtung von Kindergärten und Kinderheimen erforderte dringend weitere große Anstrengungen. Die Unterstützung, die die Briten in Form von Hilfe bei der Suche geeigneter Grundstücke und Gebäude sowie bei der Nahrungsmittelbeschaffung leisten konnten, reichte bei weitem nicht aus. Es waren immer noch umfangreiche Ressourcen und Geldmengen erforderlich. 1949 schlossen sich die deutschen Behörden mit religiösen und anderen freien Trägern zusammen und gründeten die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk. Sie hatte die Aufgabe, die bereits von den Länderregierungen und anderen ins Leben gerufenen Programme fortzusetzen und stark auszuweiten. Schleswig-Holstein wurde eines der Notstandsgebiete. Der Bundesjugendplan subventionierte die Tätigkeit der Jugendorganisationen und half bei der Finanzierung internationaler Veranstaltungen und Austausche.

Vier Jahre hatten nicht ausgereicht, um alle Probleme befriedigend zu behandeln. Die Entnazifizierung und der Sport waren an die Deutschen übergeben worden, damit sie die damit verbundenen Probleme lösten. Die Aufhebung des Verbotes politischer Jugendorganisationen und der Pfadfinder und Pfadfinderinnen hatten zu zufriedenstellenden

10 Mann, A., Comeback: Germany 1945–52 (Macmillan, 1983) [»Above all, we Germans and other Europeans must concentrate on the *young* – on giving them tolerable conditions of life, a sound education, and sound ideals. Only in this way can we safeguard the future of our countries and of the world.«].

11 Germany Reports, 1961, p. 694. [»... the inculcation of a healthy way of life for young people, the strengthening of democratic ideas in the Federal Republic, and the encouragement of international understanding.«].

Erfolgen geführt. Die Programme zur Ausbildung von Führungskräften wurden unter der neuen Bundesregierung fortgesetzt. Ungefähr 30% der jungen Deutschen in der Zone gehörten schon Jugendorganisationen an.[12] Vor allem schlossen sich die Jugendverbände in den örtlichen Jugendringen zusammen. Die Jugendlichen Westdeutschlands wurden Partner nicht nur der britischen, sondern auch der übrigen Gesellschaft Europas.

Der wachsende Bedarf an internationalen Kontakten wurde Anfang 1949 in einem umfassenden Überblick von Alan Andrews (Leiter der Youth Section) betont.[13]

Auf der Loreley fand vom 22. Juli bis 6. September 1951 ein von Westdeutschland und den Alliierten gemeinsam gesponsertes Jugendlager statt, an dem ungefähr 7.500 junge Menschen aus 14 Ländern teilnahmen. Im September 1952 kamen 200 Jugendliche aus Großbritannien zur Bundesjugendwoche. Allein 1952 nahmen ca. 10.000 junge Deutsche und Briten an verschiedenartigen Austauschen teil, und ein großer Anteil des Besucheraustausches zwischen den beiden Ländern erstreckte sich auf Jugendarbeiter. Die Zeichen für die Zukunft waren gut und vielleicht sogar besser, als man es angesichts der Umstände hätte erwarten können.

Ausgewählte Bibliographie

Closs, A. und Lauenroth, H.: Bristol-Hannover: Wie es begann ... (Landeshauptstadt Hannover Presse- und Informationsamt).

Dickens, A.G.: Lübeck Diary (V. Gollancz, London, 1947).

Hearnden, A.: Red Robert: A Life of Robert Birley (H. Hamilton, London, 1984).

Hearnden, A.: (Ed.), The British in Germany (H. Hamilton, London, 1978).

Jürgensen, K.: »British Occupation Policy after 1945 & the Problem of ›Re-educating‹ Germany«, in: History, Vol. 68, No. 223, June 1983, S. 225–244.

Osborne, N.: A Celebration of Twinning: A personal recollection Bristol-Hannover 1947–1997.

Pakschies, G.: Umerziehung in der Britischen Zone 1945–49 (Deutsches Institut fur Internationale Pädogogische Forschung, Frankfurt am Main, 1979).

Pronay, N., and Wilson, K. (Eds.): The Political Re-education of Germany & Her Allies After World War II (Croom Helm, 1985).

Tent, J.F.: Mission an the Rhine (Chicago University Press, 1982).

Archivquellen

Akten des britischen Außenministeriums im Staatsarchiv in Kew.

12 Public Record Office, FO 1050–1074 Policy Towards Youth Activity.
13 ibid.

Übersetzung aus dem Englischen: Regina Baumert (Berlin), Helga Köhnen und Elke Metzner (Bonn); Redaktion: Dr. Dirk Hänisch.

Abstract

Der Artikel berichtet über die beratende Funktion, die die Bildungsabteilung der Kontrollkommission für Deutschland, insbesondere deren Aufgabenbereich Jugend, in der britischen Besatzungszone seit dem 1. Januar 1947 innehatte. Von diesem Zeitpunkt an arbeiteten die Briten und die Deutschen inmitten entsetzlicher Zerstörung und bitteren Mangels partnerschaftlich zusammen. Internationale Kontakte waren für die Jugendpolitik von zentraler Bedeutung. Probleme, die im Zusammenhang mit der Rekrutierung neuer Führungskräfte, besonders weiblicher, sowie der Ernennung von Kreisjugendpflegern entstanden, werden geschildert. Auch auf die Durchführung von Fortbildungskursen im Ausland und in der Britischen Zone wird eingegangen. Fachkräfte aus europäischen Ländern kamen in die Britische Zone, um Rat und Hilfe anzubieten. Nach dem Krieg erlassene Verbote einiger Jugendorganisationen wurden nach und nach wieder aufgehoben. Die Autorin berichtet über die Entnazifizierung, die Angst vor dem Kommunismus sowie die Jugendpolitik in der Russischen, Amerikanischen und Französischen Besatzungszone und vergleicht diese mit der Politik in der Britischen Zone. Abschließend wird die Fortführung der internationalen Jugendpolitik in der neu gegründeten Bundesrepublik behandelt und auf die Fortsetzung des Jugendaustausches zwischen Deutschland und Großbritannien durch die Etablierung von Städtepartnerschaften eingegangen.

Korrespondenzadresse:
Gwendolen M. Booth, Flat 26, Holly Court, High Kingsdown, Bristol BS2 8DQ (United Kingdom).